

Online-Tageszeitung für Baden-Baden und Umgebung. Neueste Nachrichten, Interviews etc. für Baden-Baden und Umgebung.

Forderungen an Deutsche Bahn

Grüne fordern Wiederaufnahme des Bahnbetriebs zwischen Rastatt und Baden-Bader Mitte September





Rastatt/Baden-Baden, 22.08.2016, Bericht: Redaktion Zu Konsequenzen aus der Sperrung der Rheintalbahn in Rastatt nehmen der Vorsitzende der Fraktion der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg, Andreas Schwarz, und die Landtagsabgeordneten Thomas Hentschel, Rastatt, und Bea Böhlen, Baden-Baden, Stellung. Darin formulieren sie Forderungen an die Deutsche Bahn, aber auch an die Bundesregierung.

Die Erklärung im Wortlaut:

Zwei Hauptforderungen ziehen wir Grünen aus dem, was auf der Baustelle der Deutschen Bahn in Rastatt passiert ist:

- 1. Die Bahn muss darlegen, wie sie ab spätestens Mitte September den Pendler-, Fern- und Güterverkehr auf der Strecke gewährleistet.
- 2. Die künftige Bundesregierung muss mehr Mittel für die Sanierung und den Ausbau des Schienennetzes zur Verfügung stellen.

Das Baustellenunglück und fehlende funktionierende Umleitungen für den Fern- und Güterverkehr sind eine Blamage für die Deutsche Bahn, die viele Fragen aufwirft: zur Ursache, zur Dauer, zu Umfahrungen, zum Krisenmanagement, zur Informationspolitik und so weiter. Unsere Fraktion hat die wichtigsten 15 Fragen in einem Antrag an die Landesregierung formuliert. Die Zeit drängt, was den Umgang mit der Streckensperrung betrifft, aber auch, was den Ausbau der Schieneninfrastruktur im Land betrifft. Es rächt sich, dass die Bundesregierung den Ausbau der Schienenwege in Baden-Württemberg viel zu lange viel zu sehr vernachlässigt hat. Man stelle sich vor, es gäbe im Straßenfernverkehr nicht eine einzige Umfahrung der A5 – undenkbar. Die Bahntrassen im Land jedoch hat der Bundesverkehrsminister sehenden Auges an den Rand ihrer Kapazität gebracht, so dass eine Sperrung wie die der Rheintalbahn enorme Auswirkungen auf den Schienenverkehr in weiten Teilen des Landes hat. Damit bei möglichen künftigen Zwischenfällen ausreichend Ausweichstrecken zur Verfügung stehen, sollen solche Strecken ausgebaut werden – darauf muss das Land gegenüber dem Bund drängen. Es war ein Fehler der CDU-geführten Bundesregierung, in den vergangenen zwölf Jahren dem Ausbau des Straßennetzes absoluten Vorrang einzuräumen statt den vom Land schon lange geforderten Ausbau des Schienennetzes voranzutreiben.

Die Auswirkungen der Sperrung der Rheintalbahn müssen im Personenverkehr für die vielen Pendler und im Güterverkehr für unsere Wirtschaft so gering wie möglich gehalten werden. Hier ist die Bahn gefordert, alles zu tun und nichts zu lassen. Es ist nicht mehr viel Zeit bis zum Ende der Sommerferien: Bis dahin erwarten wir, dass die Rheintalbahn wieder befahrbar oder wenigstens ein funktionierendes Umleitungsnetz in die Gänge gebracht sein wird. Und wir erwarten eine neue Weichenstellung in der Verkehrspolitik der Bundesregierung: Dem Ausbau des Schienennetzes muss von der kommenden Bundesregierung höchste Priorität eingeräumt werden.

Zurück zur Startseite und zu den weiteren aktuellen Meldungen.

Lesen Sie hierzu

"5.000 Kubikmeter Beton bereits im Tunnel" - "Arbeiten rund um die Uhr" - Bahn reagiert auf Kritik aus Öffentlichkeit und Politik

SPD-Stadtverbandsvorsitzender Werner Henn attackiert die Bahn-Verantwortlichen - "Informationspolitik der DB ist katastrophal"

Scharfe Kritik von Pro Bahn - Streckensperrung bei Rastatt macht Versäumnisse "in nie gekannter Dramatik deutlich"

Baden-Badener Bürgermeister Uhlig drängt Deutsche Bahn - "Bis spätestens 11. September sollten die Züge wieder wie gewohnt fahren"

Baden-Badener Verkehr nach Bahn-Desaster am Limit - Alexander Uhlig schon wieder von Leo-Baustelle geplagt - Sommerpause wird für Sondersitzung unterbrochen

Gabriele Katzmarek fordert "schnellstmöglichst" Aufklärung des Bahn-Unfalls - Verzögerung der Bahnhof-Sanierung ein "Skandal" - "Situation für Reisende wäre ertragbarer gewesen"

Kritik von Pro Bahn nach Gleisbetteinbruch - Reisechaos "Folge einer falschen Verkehrspolitik" - Gerhard Stolz: "Dann könnte über das Elsass umgeleitet werden"

Copyright © textBüro Baden-Baden